

scher Gruppen auf staatliche Stellen weiter verstärken, dann werden die Unruhen vom diesjährigen Sukkoth-Fest nur ein Vorgeschmack auf mehr und Schlimmeres sein. Die Ruhe um den Tempelberg kann nur erhalten bleiben, wenn Juden – und damit sind vor allem Extremisten auf jüdischer und auf muslimischer Seite gemeint – und Muslime wirklich eine friedliche Koexistenz wollen. Dies jedoch setzt voraus, daß man nicht rigoros ein-klagt, worauf man ein Recht zu haben glaubt.

nt

Tiefer hängen!

Reaktionen auf den Fall Barschel und den Schleswig-Holstein-Skandal

Wohl selten wurden so viele „Worte zum Sonntag“ gesprochen oder geschrieben wie am Montag nach dem Tode *Uwe Barschels* in dem Genfer Hotel „Beau Rivage“ und auch noch in den Tagen danach. Politisch-moralische natürlich, seltener solche mit auch religiösem Beiklang. An starken Worten und Sätzen fehlte es nirgends. Schädigung der politischen Kultur, nicht durch die Umstände des Todes Barschels und auch nicht durch seine groteske Vermarktung durch eine lumpige Illustrierte bei pharisäerhafter Begleitung durch die öffentlich-rechtlichen Medien, sondern durch das, was vorausgegangen war: Und da auch nicht nur durch Verstrickung des Toten und seiner Umgebung in einen der seltsamsten Skandale, die je durch politische Parteien und ihr Umfeld produziert worden sind, sondern scheinbar fast noch mehr durch den „barschen“ Umgang der eigenen Partei mit dem zurückgetretenen und später zu Tode gekommenen Ministerpräsidenten.

Selbst Bundestagspräsident *Philipp Jenninger*, auch sonst plakativer Formulierungsdurchaus fähig, sprach noch eine Woche später davon, die Glaubwürdigkeit der Politik sei auf der Strecke geblieben, und unsere De-

mokratie erlebe gegenwärtig eine der „schwersten Glaubwürdigkeitskrisen ihrer Geschichte“. Nur wenige, unter den Politikern kaum jemand, unter Journalisten fast niemand, brachte wie z. B. *Dieter Schröder* in der „Süddeutschen Zeitung“ so viel praktische Vernunft auf, um zu sagen, daß der ganze Skandal rund um die Schleswig-Holsteinischen Landtagswahlen mit seinen seltsamen wie mit seinen tragischen Folgen das *Gegenteil einer Staatsaffäre* sei, ja daß durch die Aufdeckung (wenn bisher auch nur die halbe) dessen, was geschehen war, und die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden, der Fall zu einem *Beispiel der Bewährung von Demokratie* geworden sei, was er in der Tat auch ist. Natürlich schafft ein tragischer Tod Betroffenheit; diese war um so größer, als die genaueren Umstände längere Zeit unaufgeklärt blieben und zunächst unklar blieb, ob der Verstorbene einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist oder – gar einen Mord vor-täuschend – sich selbst das Leben genommen hat. Nach einem solchen Ereignis, im Anblick eines Toten, sieht alles nochmal anders aus als bei den „normalen Bewältigungsversuchen“ einer durch Skandal verursachten Krise. Was vorher noch legitimer öffentlicher Druck auf den noch amtierenden Ministerpräsidenten war, um seinen Rücktritt zu beschleunigen, sah nachher als „Hetzjagd“ aus. Und beides kam ja auch zusammen. Was gegenüber einem zurückgetretenen und nun in akuten Verdacht geratenen Ministerpräsidenten – akuter Verdacht mindestens, weil er nicht in allem die Wahrheit gesagt zu haben schien und durch eidesstattliche Erklärungen und Ehrenwort einiges verschleierte hatte – ein ganz normaler Distanzierungsversuch einer politisch in Not geratenen Partei war, sah sich in der Betroffenheit nach dem Tod Barschels als „schäbiges Fallenlassen“, als „Vorverurteilung“, als mangelnde Solidarität mit dem in „Not Geratenen“ oder „Gestrauchelten“, ja als Todesursache wenn schon nicht direkter, dann doch indirekter Art an. Aber so wichtig Pietät und das Verstummen vor menschlicher Tragik ist, der Tod eines politischen Akteurs än-

dert nicht die Fakten und Ereignisse, die dem Tod vorausgegangen sind. Dies zu beachten ist auch eine politische Aufgabe, auch eine Aufgabe des politischen Ethos. Dies fordert im Sinne notwendiger Selbstreinigung des politischen Getriebes innerhalb der Parteien und in ihren Infrastrukturen, zu denen auch Leute wie *Reiner Pfeiffer* und manches Journalistische gehören, die Offenlegung aller Verstrickungen, soweit diese jetzt noch möglich ist. Solche Offenlegung kann in einer Demokratie auch an einem Toten als ehemals Handelnden nicht vorbeigehen.

Dies hat Vorrang vor aller noch so verständlichen Unmutsäußerung über diese oder jene Entscheidung, dieses oder jenes Parteigremiums, die auch anders hätte ausfallen können. Übertriebenes Krisengerede über den Glaubwürdigkeitsverlust von Demokratie ist dabei schon deswegen zu vermeiden, weil vor allem die unpolitisch denkende Masse der Bevölkerung ohnehin dazu neigt, bei politischen Skandalen, besonders wenn sich solche häufen oder in ihren Akteuren undurchsichtig bleiben, zu meinen, dies sei im politischen Geschäft immer so. Leicht werden Politiker dabei zu Alibipersonen für die eigene nicht erbrachte moralische Leistung.

Wer der politischen Kultur wirklich dienen und politische Glaubwürdigkeit stärken will, wird also auch im Fall Barschel/Pfeiffer bescheidener ansetzen müssen: bei der Gestaltung der Wahlkampfmethoden, bei der Rekrutierung und Kontrolle des Personals (nicht nur der politischen Mandatäre) und bei der Machtfrage auch dort, wo diese politischen Stil verdirbt. Die CDU stünde heute in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet vermutlich schon wieder besser da, hätte sie aus ihrer Erdrutschniederlage am 13. September die Konsequenz gezogen und trotz bestehender Koalitionsabsprachen angesichts des bestehenden Patts der Partei der relativen Mehrheit den Vortritt gelassen. Es gibt Länder, in denen dies ungeschriebenes Gesetz ist. Die Bundesrepublik gehört leider nicht dazu.